

Gegenöffentlichkeit als Schmelztiegel des postpandemischen Protestmilieus -

Wie aus politischen Erzählgemeinschaften geschlossene Gesellschaften entstehen

Bürgerjournalismus bietet die Chance, verlorengelassene lokale Öffentlichkeit neu zu beleben. Seine besondere Stärke liegt in der Nähe zum Geschehen, der guten Kenntnis lokaler Akteure und dem unmittelbaren Zugang zu Themen und Konflikten vor Ort. Seine Glaubwürdigkeit hängt jedoch entscheidend davon ab, ob er sich trotz fehlender professioneller Redaktionsstrukturen an journalistischen Sorgfaltsmaßstäben und dem Pressekodex orientiert.

Dieser verlangt, dass journalistische Berichterstattung wahrheitsorientiert, überprüfbar und fair gegenüber Betroffenen erfolgt, Fakten und Wertungen voneinander getrennt und Persönlichkeitsrechte verantwortungsvoll behandelt werden.

Gerade alternative und bürgerjournalistische Medien bewegen sich dabei in einem Spannungsfeld. Problematisch wird der Anspruch, eine eigene „Gegenöffentlichkeit“ zu schaffen. Der Begriff suggeriert bereits eine Teilung in eine vermeintlich etablierte Öffentlichkeit und eine davon abgegrenzte Gegenwelt. Wo Medien sich nicht mehr als Teil eines gemeinsamen öffentlichen Diskurses verstehen, sondern bewusst ein Gegenüber zu klassischen Medien, Institutionen oder gesellschaftlichen Gruppen konstruieren, verstärkt dies Polarisierung und Misstrauen. Aus notwendiger Medienkritik wird eine grundsätzliche Ablehnung etablierter Informationsquellen, wenn journalistische Prüfung zunehmend durch politische Haltung ersetzt, Meinung und Berichterstattung vermischt oder vor allem jene Stimmen verstärkt werden, die das eigene Weltbild bestätigen.

Erzählgemeinschaften werden zur Gegenöffentlichkeit

Ein lokales Beispiel für die Ausbildung einer solchen Gegenöffentlichkeit ist in Oberhavel die „Brandenburger Freiheit“, deren regionaler Schwerpunkt insbesondere in Hohen Neuendorf liegt. Sie versteht sich als unabhängiges alternatives Medien- und Bürgerdialogprojekt, das unterschiedlichen Stimmen Raum geben und eine Gegenöffentlichkeit zu etablierten Medien schaffen will. Im Mittelpunkt ihrer Selbstdarstellung stehen Meinungsfreiheit, Kritik an politischen und medialen Eliten sowie der Anspruch, auch kontroverse Positionen ungefiltert zu Wort kommen zu lassen.

Die Entstehung der „Brandenburger Freiheit“ ist eng mit dem regionalen Protestmilieu der Corona-Pandemie verbunden. Eine zentrale Rolle spielt Jan Müggenburg, der zuvor im Umfeld von „Querdenken 330“ und „Oberhavel steht auf“ aktiv war und bis heute mit Akteuren aus diesen Zusammenhängen zusammenarbeitet, sie interviewt, Veranstaltungen begleitet und an ihrer Vernetzung mitwirkt. „Querdenken 330“ orientierte sich ab 2020 an Querdenken 711 und benannte sich Anfang 2021 in „Oberhavel steht auf“ um.³ Aus den damaligen Demonstrations-, Telegram-, Veranstaltungs- und Personennetzwerken entwickelte sich in den folgenden Jahren eine dauerhaftere politische und mediale Infrastruktur.

Eine unmittelbare organisatorische oder personelle Kontinuität von den „Abendspaziergängen“ ab 2014 zur heutigen „Brandenburger Freiheit“ lässt sich nicht ableiten. Auffällig sind jedoch vergleichbare politische Deutungsmuster und Feindbilder. Bereits bei den damaligen Protesten gegen die Flüchtlings- und Asylpolitik verband sich die Selbstdarstellung als unabhängige Bürgerbewegung mit starkem Misstrauen gegenüber etablierten Parteien, Medien und staatlichen Institutionen sowie mit dem Narrativ eines Gegensatzes zwischen „den Bürgern“ und „denen da oben“.

Untersuchungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle am Moses Mendelssohn Zentrum und zeitgenössische Recherchen beschrieben die Oranienburger und weitere Oberhaveler Abendspaziergänge zugleich als organisatorisch von der NPD beziehungsweise ihrem regionalen Umfeld beeinflusst. Die örtliche NPD stellte demnach unter anderem Ordner, Technik und Teile der

Rednerschaft, während nach außen ein parteiunabhängiges und bürgerliches Erscheinungsbild gepflegt wurde.¹

Eine personelle Überschneidung zeigt, wie Akteure aus älteren Protestzusammenhängen später in neueren Gegenöffentlichkeiten wieder auftauchen, ohne dass daraus eine durchgehende organisatorische Linie folgt. Zu den bekannten Akteuren der damaligen Abendspaziergänge gehörte der damalige NPD-Funktionär Robert Wolinski, der später auch im Umfeld regionaler Anti-Corona-Proteste dokumentiert wurde.² Wolinski trat zudem als Interviewpartner von Jan Müggenburg beziehungsweise der „Brandenburger Freiheit“ in Erscheinung. Sichtbar wird damit weniger eine direkte politische Kontinuität als eine fortbestehende Anschlussfähigkeit einzelner Akteure und Deutungsmuster über unterschiedliche Protestphasen hinweg.

Eine wichtige Rolle bei der weiteren Vernetzung spielen die Brandenburger Bürgerrechtskonferenzen. Mindestens sechs solcher Konferenzen sind zwischen 2022 und Oktober 2025 dokumentiert.⁴ Während zunächst Corona-Maßnahmen und Grundrechtsfragen dominierten, weitete sich das Themenspektrum auf Wahlen, Volksabstimmungen, Kritik am Parteiensystem, den Ukrainekrieg, Sanktionen, Waffenlieferungen, Medienkritik und die weitere Entwicklung des eigenen „Widerstands“ aus.

In diesem Umfeld entwickelte sich die „Brandenburger Freiheit“ zu einem lokalen, medialen und politischen Knotenpunkt. Jan Müggenburg tritt nicht nur als Interviewer, Fotograf und Videoproduzent, sondern auch als politischer Organisator auf. Bei der zweiten Brandenburger Bürgerrechtskonferenz bezeichnete er sich selbst als „Initiator und Mitorganisator“. Die dritte Konferenz wurde ausdrücklich von „Oberhavel steht auf“ und „Brandenburger Freiheit“ getragen und sollte Initiativen einer „außerparlamentarischen Opposition“ in Brandenburg und Berlin miteinander vernetzen.⁴

Journalistische, politische und organisatorische Rollen gehen hier ineinander über und verlieren somit ihre gebotene Unabhängigkeit. Die „Brandenburger Freiheit“ beobachtet dieses Protestmilieu nicht nur von außen, sondern trägt durch mediale Öffentlichkeit, Veranstaltungen und Vernetzung zu seiner Verstetigung bei.

Systemkritik ohne Gesellschaftsanalyse

Der gemeinsame politische Raum dieses Milieus entsteht weniger aus einem geschlossenen Programm als aus der Ablehnung gemeinsamer Institutionen und Entwicklungen. In den neu entstandenen Räumen der Gegenöffentlichkeit und ihrer sozialen Medien treffen unterschiedlichste Strömungen die früher keinerlei Schnittmengen auswiesen zu in der Sozialforschung als „heterogene Misstrauensgemeinschaften“⁸ zusammen. Unterschiedliche Akteure finden zusammen, obwohl sie keineswegs dieselbe Gesellschaft anstreben. Ein verbindendes Element ist vielmehr die Distanz zum etablierten Politik- und Mediensystem. Politikwissenschaftlich ähnelt dies stärker populistischen Mustern als einem revolutionären Gesellschaftsentwurf. „Die Bürger“ werden einem vermeintlich geschlossenen Establishment aus Regierung, Parteien, Medien und Fachinstitutionen gegenübergestellt.

Auffällig ist zugleich, wie wenig gesellschaftliche Strukturen und Machtverteilung tatsächlich analysiert werden. Eigentumsverhältnisse, soziale Ungleichheit, Verteilungskonflikte oder die Konzentration wirtschaftlicher Macht spielen keine vergleichbar zentrale Rolle. Gesellschaftliche Widersprüche werden stattdessen stark auf Politiker, Parteien, Medien, Bürokratie und staatliche Institutionen reduziert.

Besonders deutlich wird dies in der Wirtschaftspolitik. Forderungen nach weniger Regulierung, mehr Eigenverantwortung und dem Schutz kleiner und mittlerer Unternehmen vor staatlichen Vorgaben folgen wirtschaftsliberalen bis neoliberal anschlussfähigen Mustern. Gegen das Gebäudeenergiegesetz wurde beispielsweise unter dem Schlagwort „Nein zum Sanierungszwang“ mobilisiert.⁴ Individuelle und unternehmerische Freiheit wird gegenüber staatlicher Steuerung priorisiert.

Das ist kein revolutionärer Gegenentwurf. Die Forderungen bleiben überwiegend reaktiv. Weniger Regulierung, weniger Einfluss etablierter Parteien, weniger Sanktionen und Waffenlieferungen stehen Forderungen nach mehr Volksabstimmungen, Eigenverantwortung und individueller Selbstbestimmung gegenüber. Was an die Stelle der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung treten soll, bleibt weitgehend offen. Viel Empörung ersetzt noch keine Gesellschaftstheorie und permanenter Verdacht ist kein politisches Programm.

Ein politischer Raum mit durchlässigen Grenzen

Schon das regionale Ursprungs- und heutige Umfeld der Brandenburger Freiheit war und ist offen für Überschneidungen mit autoritären, nationalistischen und menschenfeindlichen Positionen. Für das spätere Umfeld von „Oberhavel steht auf“ dokumentieren Rechercheprojekte die Anwesenheit einzelner früherer NPD- beziehungsweise heutiger „Die Heimat“-Akteure.⁷ Dies fügt sich in unabhängig belegte frühere Überschneidungen des regionalen Protestmilieus mit der extremen Rechten ein.^{1 2}

Nicht jeder Teilnehmer und nicht jede dort vertretene Forderung ist deshalb extremistisch, menschenverachtend oder verfassungsfeindlich. Entscheidend ist vielmehr die Schmelztiegelfunktion dieses politischen Raumes. Menschen kommen wegen Corona-Politik, Russland-Sanktionen, Medienkritik, Steuern, Klimapolitik oder Wissenschaftsmisstrauen zusammen und finden über gemeinsame Ablehnung zueinander. Libertäre Staatskritik begegnet Rechtspopulismus, Friedensrhetorik trifft auf russlandfreundliche Narrative, wirtschaftsliberale Deregulierungsforderungen verbinden sich mit fundamentaler Systemkritik und basisdemokratische Forderungen mit pauschaler Elitenfeindlichkeit.

Neben der größten programmatischen Nähe zur Partei dieBasis und zum politischen Milieu der Corona-Proteste bestehen deutliche Schnittmengen mit Positionen der AfD, etwa bei der Corona-Aufarbeitung, der Institutionen- und Medienkritik, den Russland-Sanktionen, Waffenlieferungen, direkter Demokratie und staatlicher Regulierung.

Die Brandenburger Freiheit führte Interviews und Veranstaltungsformate mit mehreren AfD-Akteuren durch, darunter Annett Franck, Thomas Kay, Andreas Galau, Anja Waschkau und Daniela Oeynhausens. Im September 2024 wurden Sven Lingreen von dieBasis und Andreas Galau von der AfD gemeinsam interviewt.⁶ AfD-Akteure sind damit innerhalb der von BF hergestellten Gegenöffentlichkeit wiederholt und auffällig häufig als Gesprächspartner präsent.

Gerade darin liegt die politische Brückenfunktion. Unterschiedliche Milieus treten miteinander in Kontakt, ähnliche Narrative verstärken sich gegenseitig und gemeinsame Gegnerbilder entstehen. Damit sinkt zugleich die Distanz zu autoritären, nationalistischen oder menschenfeindlichen Positionen, die außerhalb dieses politischen Raumes möglicherweise auf stärkere Ablehnung stoßen würden.

Ein Beispiel für personelle Überschneidungen ist Annett Franck. Sie unterzeichnete im Mai 2022 gemeinsam mit Jan Müggenburg und weiteren Aktiven ein Schreiben der Bürgerinitiative „Oberhavel steht auf“. Inzwischen ist sie stellvertretende Vorsitzende des AfD-Ortsverbandes Hohen Neuendorf und kommunale AfD-Fraktionsvorsitzende.⁵ Die Brandenburger Freiheit interviewte sie 2026 zur

umstrittenen AfD-„White Party“ in Hohen Neuendorf. Interview, Kamera und Schnitt lagen bei Jan Müggenburg.⁶

Im Umfeld der AfD wird zudem gern mit Symbolen und Begriffen gearbeitet, gerade weil sie unterschiedliche Lesarten ermöglichen. Sie erzeugen innerhalb des eigenen Milieus Zugehörigkeit und gemeinsame Deutungen, während sie außerhalb Aufmerksamkeit und Empörung hervorrufen. Ihre Mehrdeutigkeit erschwert zugleich den eindeutigen Nachweis einer politischen Aussage. Kritik lässt sich anschließend in die eigene Gegenöffentlichkeit zurückspielen und als Beleg für behauptete Ausgrenzung oder Verfolgung verwenden. Damit verbindet sich eine Selbstdarstellung als Opfer gesellschaftlicher oder medialer Unterdrückung und als Verteidiger von Freiheit und Meinungsfreiheit.

Elemente einer solchen Opferinszenierung waren auch in der Selbstdarstellung der AfD vor und nach der „White Party“ auf den Kanälen der Brandenburger Freiheit zu beobachten. Belegbar ist, dass die AfD ihr Sommerfest in Hohen Neuendorf am 1. August 2026 als „White Party“ bewarb und die Brandenburger Freiheit der AfD-Funktionärin Annett Franck anschließend Raum gab, die daran geäußerte Kritik zurückzuweisen.⁶

Wie weit das Spiel mit politisch aufgeladener Symbolik innerhalb des weiteren AfD-Umfeldes gehen kann, zeigt ein davon unabhängig zu betrachtendes Beispiel. Der Rechercheaccount „Pressefuchs“ dokumentierte bei einer AfD-Veranstaltung in Zossen im August 2024 einen Teilnehmer mit einem T-Shirt mit der Aufschrift „White Boy Summer – Deutsches Afrikakorps“ und der Darstellung eines Wehrmachtssoldaten.⁷ Eine direkte Verbindung dieses Vorgangs zur Brandenburger Freiheit oder zur Hohen Neuendorfer „White Party“ ist nicht belegt. Das Beispiel verdeutlicht jedoch, wie in Teilen des AfD- und rechtsextremen Milieus mit mehrdeutigen, historisch und rassistisch aufgeladenen Codes gearbeitet wird.

Gegenöffentlichkeit kann persönlich werden

Opposition und Kritik an Regierung, Medien, Wissenschaft oder Außenpolitik gehören zu einer offenen Gesellschaft und dürfen nicht allein wegen ihrer Abweichung delegitimiert werden. Problematisch wird Gegenöffentlichkeit jedoch dort, wo Andersdenkende oder politisch Engagierte gezielt persönlich herausgestellt und dadurch angreifbar gemacht werden.

Im Zusammenhang mit den Bündnisveranstaltungen gegen die AfD-„White Party“ in Hohen Neuendorf am 1. August 2026 wurden einzelne Personen und Vereine öffentlich hervorgehoben.⁵ Wer Menschen wegen ihres politischen Engagements namentlich in den Mittelpunkt rückt, erzeugt ein mögliches Einschüchterungsszenario. Öffentliches Engagement ist dann mit dem Risiko verbunden, selbst zum Gegenstand der Berichterstattung oder einer politischen Kampagne zu werden.

Fragen wirft auch das journalistische Vorgehen gegenüber der Bündnisveranstaltung auf. Dort wurden Redebeiträge gefilmt, ohne dass sich der Filmende gegenüber den Beteiligten erkennbar als journalistisch Tätiger vorstellte oder die spätere vollständige Veröffentlichung ankündigte. Die Beiträge erschienen anschließend weitgehend unkommentiert und in voller Länge auf der eigenen Medienplattform. Nicht das Filmen einer öffentlichen Veranstaltung als solches ist dabei problematisch. Presseethisch fragwürdig ist vielmehr die fehlende Transparenz über die journalistische Rolle und den Verwendungszweck der Aufnahmen. Richtlinie 4.1 des Pressekodex sieht grundsätzlich vor, dass sich Journalistinnen und Journalisten bei ihrer Recherche zu erkennen geben. Verdeckte Recherche bedarf einer besonderen Rechtfertigung.

Hinzu kommt die nachträgliche Inszenierung des Konflikts um die Aufnahmen. Nachdem das Filmen bemerkt worden war, wurde die Sicht auf die Kamera zeitweise mit einem Regenschirm verdeckt. In einem später veröffentlichten Video stellte der Kameramann diesen Vorgang als gegen ihn und sein

technisches Equipment gerichtete Gewalt dar. Nach eigenen Beobachtungen bestand die tatsächliche Handlung darin, die Kamera optisch abzuschirmen und weitere Aufnahmen zu erschweren. Die nachträgliche Umdeutung in einen Gewaltvorwurf verschiebt den ursprünglichen Konflikt. Die Auseinandersetzung über unerwünschte Aufnahmen und fehlende Transparenz tritt hinter eine Erzählung eigener Bedrohung und Viktimisierung zurück.

Gerade vor dem Hintergrund des eigenen Anspruchs, ein journalistisches Gegenmedium zu sein, entsteht ein Spannungsverhältnis. Fremde Veranstaltungen werden ohne erkennbare journalistische Kontaktaufnahme aufgezeichnet und Redebeiträge anschließend nahezu als Rohmaterial auf der eigenen Plattform veröffentlicht. Das verwischt die Grenze zwischen journalistischer Berichterstattung, Dokumentation und politischer Beobachtung.

Wenn eigene Wahrheiten entstehen

Problematisch wird das untersuchte Milieu schließlich dort, wo es sich nicht nur als politische Opposition, sondern als alternative Informationsordnung versteht. Kritik an Medien ist notwendig, und kleine unabhängige Medien können und müssen Themen aufgreifen, die große Redaktionen bewusst oder unbewusst übersehen. Doch „alternativ“ ist kein journalistisches Gütesiegel.

Journalistische Qualität entsteht durch Quellenprüfung, Gegenrecherche, die Trennung von Nachricht und Kommentar, fachliche Expertise und die Bereitschaft, eigene Annahmen zu korrigieren. Werden Personen und Positionen vor allem deshalb präsentiert, weil sie von Regierung, klassischen Medien oder wissenschaftlichem Konsens abweichen, wird Dissens selbst zum Auswahlkriterium. Außenseiterpositionen erhalten dadurch ein Gewicht, das weder ihrer fachlichen Belastbarkeit noch ihrer tatsächlichen Verbreitung in der Gesellschaft entspricht.

Ein Beispiel liefert „Oberhavel steht auf“. Die Initiative verbreitete 2022 Warnungen vor angeblich gesundheitsgefährlichen Corona-Teststäbchen, die mit Ethylenoxid sterilisiert worden waren. Jan Müggenburg gehörte zum genannten Absender- beziehungsweise Ansprechpartnerkreis. Die Gefahrenbehauptung wurde von Fachstellen und Faktenchecks als unbelegt beziehungsweise irreführend eingeordnet.⁵

Ein solcher Fall belegt noch keine systematische Verbreitung von Falschinformationen. Er verweist jedoch auf ein grundsätzliches Problem dieses Milieus. Ausgeprägtes Misstrauen gegenüber etablierten Medien, staatlichen Institutionen und fachlicher Expertise schwächt die korrigierende Wirkung wissenschaftlichen Widerspruchs. Fachliche Einordnungen erscheinen nicht mehr als notwendige Überprüfung einer Behauptung, sondern als Äußerungen eben jener Institutionen und Experten, denen bereits grundsätzlich misstraut wird. Der Widerspruch widerlegt eine Behauptung damit innerhalb der eigenen Erzählung nicht mehr zwingend, sondern dient mitunter sogar als Bestätigung dafür, gegen ein vermeintliches Meinungskartell zu stehen.

Wird diese Systematik weitergeführt, verliert die überprüfbare Qualität einer Aussage zunehmend an Bedeutung. Wissenschaftlich abgesicherte Erkenntnisse, persönliche Überzeugungen und fachlich kaum belastbare Randpositionen werden nicht mehr entsprechend ihrer unterschiedlichen Beleglage gewichtet, sondern als grundsätzlich gleichberechtigte „Sichtweisen“ nebeneinandergestellt. Der Unterschied zwischen begründetem Zweifel und unbelegter Behauptung verschwimmt.

Damit geht die gemeinsame Grundlage für einen faktenbasierten gesellschaftlichen Austausch verloren. Kritik, Zweifel und Widerspruch sind unverzichtbar. Sie setzen jedoch voraus, dass Aussagen überprüfbar bleiben und sich an gemeinsamen Maßstäben für Belege, Quellen und fachliche Einordnung messen lassen.

Widersprechen, ohne die Türen zuzuschlagen

Die entscheidende Frage ist deshalb nicht, ob man mit dieser Gegenöffentlichkeit spricht, sondern wie man ihr begegnet. Eine pauschale Ausgrenzung aller Menschen, die sich in diesen politischen Räumen bewegen, greift zu kurz. Sie verkennt die unterschiedlichen Motive und politischen Ausgangspunkte der Beteiligten und bedient zugleich die Erzählung eines geschlossenen gesellschaftlichen Establishments, das abweichende Positionen nicht hören will.

Ebenso falsch wäre es, aus Dialogbereitschaft eine Gleichwertigkeit aller vertretenen Positionen abzuleiten. Menschen müssen ansprechbar bleiben, Aussagen und politische Positionen aber überprüfbar und kritisierbar. Wo Tatsachen verdreht, Menschen herabgewürdigt oder demokratische und journalistische Standards verletzt werden, braucht es klaren Widerspruch. Gesprächsbereitschaft und politische Abgrenzung schließen sich nicht aus.

Eine wirksame Auseinandersetzung muss zugleich die Gründe ernst nehmen, aus denen Menschen solchen Gegenöffentlichkeiten Vertrauen schenken. Politische Entfremdung, Erfahrungen mangelnder Einflussmöglichkeiten, wirtschaftliche Unsicherheit oder berechtigte Kritik an staatlichen Entscheidungen verschwinden nicht dadurch, dass ihre Träger moralisch abgewertet werden. Gerade dort, wo komplexe gesellschaftliche Konflikte auf das diffuse Gegnerbild von „denen da oben“ reduziert werden, braucht es nachvollziehbare Erklärungen tatsächlicher Machtverhältnisse, sozialer Ungleichheit und gesellschaftlicher Interessengegensätze.

Entscheidend bleibt deshalb der Erhalt einer gemeinsamen Öffentlichkeit, in der gestritten werden kann, ohne dass jede Seite ihre eigenen Tatsachen produziert. Dazu gehören unabhängiger Journalismus, transparente politische Entscheidungen, überprüfbare Informationen und die Bereitschaft, Kritik auszuhalten und zugleich falschen Behauptungen zu widersprechen.

Gegenöffentlichkeiten lassen sich nicht dadurch überwinden, dass man ihnen eine zweite geschlossene Gegenwelt gegenüberstellt. Der bessere Weg ist eine offene Öffentlichkeit, die widerspricht, differenziert und Menschen weiterhin das Gespräch anbietet, ohne deshalb auf gemeinsame Maßstäbe für Tatsachen, Menschenwürde und demokratische Auseinandersetzung zu verzichten.

Quellennachweis

¹ Emil Julius Gumbel Forschungsstelle am Moses Mendelssohn Zentrum, Mitteilungen 01/2017. Untersuchung der Oberhaveler „Abendspaziergänge“ und ihrer organisatorischen Verbindungen beziehungsweise Einflüsse aus dem rechtsextremen und NPD-Umfeld.

² Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung / demos, „Zur aktuellen Lage im Nordwesten Brandenburgs“, 2016. Ergänzend zeitgenössische Berichte von Infortot und Endstation Rechts zu den „Abendspaziergängen“ in Oranienburg, Velten und Zehdenick sowie zu beteiligten Akteuren.

³ „Oberhavel steht auf“, Selbstdarstellung zur Gründung der Initiative 2020 zunächst unter der Bezeichnung „Querdenken 330“ und zur Orientierung an „Querdenken 711“.

⁴ Dokumentationen und Veröffentlichungen zu den Brandenburger Bürgerrechtskonferenzen sowie Eigenveröffentlichungen von „Oberhavel steht auf“ und „Brandenburger Freiheit“. Belege für Organisation, Beteiligte, Themenentwicklung, Selbstbezeichnung als „außerparlamentarische Opposition“ und politische Kampagnen.

⁵ Bürgerinitiative Oberhavel, Schreiben vom 20. Mai 2022 mit gemeinsamer Unterzeichnung unter anderem durch Jan Müggenburg und Annett Franck. Veröffentlichungen von „Oberhavel steht auf“ zu Corona-Teststäbchen. AfD Oberhavel beziehungsweise AfD Hohen Neuendorf zu Funktionen von Annett Franck.

⁶ YouTube-Kanal und Veröffentlichungen der „Brandenburger Freiheit“. Interviews und Formate mit Annett Franck, Thomas Kay, Andreas Galau, Anja Waschkau, Daniela Oeynhausen und Sven Lingreen sowie Beiträge zur AfD-„White Party“ in Hohen Neuendorf.

⁷ Recherche Brandenburg / „Pressefuchs“. Dokumentationen zu personellen Überschneidungen im regionalen Protestmilieu sowie zum bei einer AfD-Veranstaltung in Zossen im August 2024 dokumentierten T-Shirt „White Boy Summer – Deutsches Afrikakorps“. Bei diesen Quellen handelt es sich teilweise um aktivistische Recherchequellen, deren Angaben quellenkritisch einzuordnen sind.

⁸ Koos, Sebastian (2021): „Konturen einer heterogenen ‚Misstrauensgemeinschaft‘“, in: Reichardt (Hrsg.), *Die Misstrauensgemeinschaft der „Querdenker“*, S. 67–90